

# pro POLIZEI

INFORMATIONEN FÜR NIEDERSACHSENS POLIZEI



HEFT JANUAR / FEBRUAR – 2015

[www.polizei.niedersachsen.de](http://www.polizei.niedersachsen.de)

POLIZEI EXTRABLATT VON 1985



ROCKERKRIMINALITÄT

Entwicklung in  
Niedersachsen

PAPI

Neu in Aussehen und  
in vielen Funktionen

STRATEGIE 2020

Die Strategie 2020  
„kommt auf die Straße“

POLIZEIAKADEMIE

Kaul verabschiedet –  
Buskohl neuer Direktor

**✗ TITEL**

Organisierte Kriminalität – Rockergruppierungen	4
Hells Angels – Entwicklung in Niedersachsen	6
HAMC Göttingen – Von den Anfängen bis zum Verbot	7
Strafbarkeit des Tragens von Kennzeichen verbotener Vereine	8
Fachtagung zum Thema „Rockerkriminalität und Recht“	9



Seite 4

**✗ AKTUELL**

IMK Unterausschuss FEK – Niedersachsen übernimmt Vorsitz	10
PAPI – Neu in Aussehen und in vielen Funktionen	11
Landtag – Kriminalkommissar referiert vor Innenausschuss	12
Suchtprävention – Jahrestagung der BAG Sucht	13



Seite 11

**✗ NIEDERSACHSEN**

Strategie 2020 – Die Strategie 2020 „kommt auf die Straße“	14
Gesundheitsmanagement – Gesundheit in der Polizei	16
Landespolizeipräsidium – 10. Tagung der PI- und Behördenleiter	17
Uniform – Fachtagung Dienstbekleidung	18
Chancengleichheit – 20 Jahre NGG	19
PD Lüneburg – Fachtagung Interkulturelle Kompetenz	20
Polzeiorchester – „Namene“-Premiere	21
Erste Hilfe – „Wer hilft, kann nichts falsch machen“	22
Präventionspreis – „Roter Ritter 2014“ für den Tausendfüßler	23
Osnabrücker Musikstreife – Ein musikalischer Hochgenuss	24



Seite 14

**✗ INTERN**

Polizeiakademie – Kaul verabschiedet, Buskohl neuer Direktor	25
ZDH – EPHK Kaufhold verabschiedet	26



Seite 25

TITELBILD: Rocker rücken an; FOTO: Polizei

**Impressum** **proPOLIZEI** XXX. Jahrgang

Herausgeber: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Lavesallee 6, 30169 Hannover  
 Verantwortlich: Philipp Wedelich, Vertreterin: Nadine Bunzler  
 Redaktion: Christian Cernak, Frank Federau, Inka Gieseler-Wehe, Sabine Hoffmann, Sandra Matschi, Matthias Mendel, Sven Thielert, Doris Wollschläger  
 Anschrift der Redaktion: Niedersächsisches Ministerium für Inneres und Sport, Redaktion proPOLIZEI, Postfach 221, 30002 Hannover  
 Tel. 05 11/1 20- 60 44 oder - 62 59, Fax 05 11/ 120- 65 55, E-Mail: [propolizei@mi.niedersachsen.de](mailto:propolizei@mi.niedersachsen.de)  
 Konzept, Layout und Satz (DTP): @ktuell Redaktionsbüro Draxler, Im Lohe 13, 29331 Lachendorf  
 Tel. 0 51 45/98 70- 0, E-Mail: [draxler@t-online.de](mailto:draxler@t-online.de)  
 Druck: Printmedienpartner GmbH, Böcklerstr. 13, 31789 Hameln  
 Alle in proPOLIZEI veröffentlichten Beiträge sind urheberrechtlich geschützt. Namentlich gekennzeichnete Beiträge müssen nicht mit der Meinung des Herausgebers oder der Redaktion übereinstimmen. Die Redaktion behält sich vor, Leserzuschriften (gegebenenfalls in gekürzter Form) zu veröffentlichen.

## Liebe Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter!

mit Ihrem Einsatz und Ihrem Engagement in den unterschiedlichen Aufgabenbereichen der Polizei Niedersachsen haben Sie alle zu einem erfolgreichen Jahr 2014 beigetragen. Ich bedanke mich deshalb ausdrücklich bei Ihnen für Ihre gezeigten Leistungen, Ihre Tatkraft, Ihre Motivation und Ihre Professionalität.

Für die niedersächsische Polizei war 2014 ein gutes Jahr. Es brachte mehrere zukunftsweisende Entscheidungen. Mit der Abschaffung des sogenannten A 11-Erlasses und der Bündelung der Bewertung von Dienstposten der Ämter A 9 - A 11 wurde wieder die Möglichkeit geschaffen, auf jedem Dienstposten unterhalb der Besoldungsgruppe A 12 Hauptkommissarin bzw. Hauptkommissar zu werden. Zu einer deutlichen Verbesserung führte auch das Stellenhebungsprogramm, welches 1.500 zusätzliche Beförderungen im Jahr 2014 ermöglichte! Darüber hinaus ist die Bewältigung der täglichen Einsatz-, Ermittlungs- und Verwaltungsaufgaben sowie von Großeinsätzen, beispielsweise aus Anlass von Versammlungen, Fußballspielen und Konzerten, in der Jahresbilanz als erfolgreich zu bewerten. Auch die Verfolgung und Aufklärung besonders öffentlichkeitswirksamer und komplexer Straftaten belegen die hervorragende Arbeit der Polizei.

Die Welt verändert sich ständig, und deshalb muss sich auch die Polizei immer weiterentwickeln. Sie muss aktuelle gesellschaftliche Entwicklungen frühzeitig erkennen und sich darauf einstellen. Mit der Strategie 2020 und deren Vision „WIR leben vor der Lage“ hat die Polizei Niedersachsen hierzu das richtige Instrument an der Hand. In diesem Zusammenhang greift das Landespolizeipräsidium das Thema Arbeitsbelastungen auf. Dieses Thema ist mir aus vielen Gesprächen vertraut und ich weiß, dass es viele von Ihnen beschäftigt. Wir werden die diesjährige Mitarbeiterbefragung nutzen, um die Ursachen dafür klar zu identifizieren und daraus Ansätze für Maßnahmen abzuleiten. Der gesamte Strategieprozess basiert auf Kommunikation und Beteiligung. Das führt in allen Organisationsbereichen zu spürbar mehr Transparenz über den eingeschlagenen strategischen Weg der Polizei Niedersachsen. Lassen Sie uns die Strategie gemeinsam tatkräftig umsetzen und die Chancen nutzen, die sie für uns alle bietet!

Das Jahr 2015 wird uns mit Sicherheit wieder vor bereits bekannte, aber auch vor neue Aufgaben stellen. Ich bin mir sicher, dass diese Herausforderungen mit der für die Polizei Niedersachsen typischen Professionalität und Innovationskraft gemeistert werden. Die Bürgerinnen und Bürger in unserem Land können dabei auf „ihre Polizei“ zählen. Das belegen neben der positiven Kriminalitätsentwicklung der letzten Jahre auch das entschlossene Auftreten und Handeln der Polizei gegenüber den kriminellen und gewaltbereiten Personen und Gruppen. Dies wurde erst kürzlich wieder beim Vorgehen gegen kriminelle Rockervereinigungen deutlich. Es handelte sich bei der Auflösung des „HAMC Göttingen“ Ende Oktober 2014 um das erste Verbot eines Rockervereins in Niedersachsen. Um es noch einmal in aller Deutlichkeit zu sagen: In Niedersachsen ist kein Platz für Gesetzwidrigkeiten oder Parallelwelten! Dafür werde ich mich weiterhin entschieden einsetzen.

Für das Jahr 2015 wünsche ich Ihnen und Ihren Familien alles Gute, Gesundheit und Glück. Ich freue mich sehr auf die weitere Zusammenarbeit und verbleibe

mit herzlichen Grüßen

Ihr

*Boris Pistorius*



**Boris Pistorius,**  
Niedersächsischer  
Minister für Inneres  
und Sport



## Organisierte Kriminalität

# Rockergruppierungen – und wie es in den 50er Jahren begann

Rockergruppierungen entstanden Mitte der 50er Jahre in den USA durch ehemalige Angehörige der U.S. Air Force, die sich später in den Hells Angels MC (HAMC) umbenannten.

Als Entstehungszeitpunkt der Outlaw Motorcycle Gang's (OMCG) gilt der sogenannte Hollister Bash am 4. Juli 1947. In der kalifornischen Kleinstadt Hollister fand eine große Motorradveranstaltung statt, die durch die American Motorcyclist

Association (AMA) ausgerichtet wurde.

Im Rahmen dieser Veranstaltung kam es zu gewalttätigen Ausschreitungen, auf die der Veranstalter AMA mit einer Erklärung reagierte, dass 99 Prozent der Teilnehmer friedlich und rechtschaffen sind und lediglich ein Prozent der Teilnehmer sich nicht an Gesetz und Ordnung gehalten hätten.

Diese Aussage wurde in der Folgezeit durch Rockergruppierungen aufgegriffen, die ihren Lebensstil ohne Rücksicht und Kompromisse leben wollten und dies

durch einen 1%“ Aufnäher (Patch) auf ihrer Lederweste (Kutte) auch nach außen dokumentierten, dass sie außerhalb von Recht und Gesetz stehen.

Der Begriff der OMCG's war damit geschaffen und nachfolgende Rockergruppierungen übernahmen diese Bezeichnung und auch den hierarchischen Aufbau mit eigenen strengen Clubregeln.

Nach außen hin wird eine jeweilige Clubzugehörigkeit durch das Tragen von sogenannten „Kutten“ dokumentiert, die mit Symbolen und Abzeichen versehen

sind, die die Zugehörigkeit und den Status ihres Trägers dokumentieren

Zu den bekanntesten OMCG's, die ihren Ursprung in den USA haben und auch in Deutschland vertreten sind, gehören neben dem HAMC (seit 1973 in Deutschland), der Mongols MC (MMC – seit 2010 in Deutschland), Bandidos MC (BMC – seit 1999 in Deutschland) und der Outlaws MC (OMC – seit 2001 in Deutschland). Der Gremium MC (GMC) ist ein deutscher Motorradclub, der 1972 in Mannheim gegründet wurde und bundesweit über 100 Ortsvereine (Chapter) verfügt.

In jüngster Zeit sind weitere OMCG's in Deutschland aktiv, die ihren Ursprung in den Niederlanden haben und auch in Niedersachsen vertreten sind. Dazu gehören der Satudah MC (SMC), der 1990 gegründet wurde und der No Surrender MC (NSMC), der 2013 aus ehemaligen Angehörigen des Satudah MC hervorgegangen ist.

Alle genannten Gruppierungen werden durch sogenannte „Supporter-“ Gruppen unterstützt.

Im Gegensatz zu den weit verbreiteten Motorradvereinen bewegen sich die Mitglieder von OMCG's in Strukturen, denen ein hohes „OK-Potenzial“ zuzurechnen ist.

## Rockerlage in Niedersachsen

Aktuell (Stand Nov. 2014) sind die OMCG's in Niedersachsen wie folgt aktiv:

HAMC:

6 Ortsvereine (Chapter), – 1 Charter verboten plus 4 in 2014 aufgelöst-

BMC:

3 Ortsvereine (Chapter)

MMC:

2 Ortsvereine (Chapter)

OMC:

1 Ortsverein (Chapter)

GMC:

8 Ortsvereine (Chapter)

– 4 Chapter in 2014 aufgelöst

SMC: 1 Ortsverein (Chapter)

seit 2013 aktiv

NSMC:

2 Ortsvereine (Chapter)

seit 2014 aktiv

Das Handeln einzelner OMCG's zielt dabei unter Anwendung von Gewalt und anderer zur Einschüchterung geeigneter

Mittel auch in legalen Geschäftsfeldern auf einen territorialen und finanziellen Machtzuwachs besonders gegenüber konkurrierenden Banden ab. Die Hauptaktivitäten der polizeilich relevanten Gruppierungen beziehen sich auf die Bereiche Rauschgift-, Waffen- und Menschenhandel und alle weiteren straffatrelevanten Handlungen, durch die vornehmlich Gewinne erzielt werden können.

Zusammen mit den Supporter- und rockerähnlichen Gruppierungen werden insgesamt 79 Ortsvertretungen in Niedersachsen zum erweiterten OMCG Kreis gerechnet. Zusammen können diesen Gruppierungen zirka 800 Personen zugeordnet werden, einschließlich der Personen, die den aufgelösten beziehungsweise der verbotenen Ortsgruppe(n) angehörten.

Letztgenannte Personen können zurzeit zwar keinem Charter/Chapter zugeordnet werden, wobei aber davon auszugehen ist, dass sie weiter der entsprechenden Rockergruppierung angehören und deshalb auch zur Gesamtzahl hinzugerechnet werden.

Seit 2005 ist beim LKA Niedersachsen eine auf Dauer angelegte Ermittlungsgruppe eingerichtet, die als Zentralstelle für diesen Phänomenbereich auch die Führung von Ermittlungen in herausragenden Fällen übernimmt. Darüber hinaus gibt es in den Polizeidirektionen einheitliche Strukturen zur Bekämpfung der Rockerkriminalität.

Die Landespolizei Niedersachsen geht mit einem strukturierten ganzheitlichen Ansatz intensiv und entschieden gegen kriminelle „Outlaw Motorcycle Gangs“ vor.

Ein tragendes Element bei der Bekämpfung der Rockerkriminalität in Niedersachsen ist die niedrigschwellige, kontinuierliche und umfassende Informationserhebung und -steuerung mit dem Ziel, die sich fortwährend weiterentwickelnden Strukturen der Rocker aufzuhellen und darauf abgestimmte Maßnahmen gegen sie zu ergreifen.

Peter Bammert



## Hells Angels

# Entwicklung in Niedersachsen aus polizeilicher Sicht



Der Hells Angels MC gründete 1973 die erste Niederlassung in Hamburg. Im November 1999 erfolgte der komplette Übertritt des damaligen Bones MC zum HAMC.

Im Rahmen dieser Übertritte entstand auch das HAMC Charter in Hannover, dessen damaliger Anführer in der Folge zu einer der einflussreichsten Personen beim HAMC aufstieg. Unter dessen Leitung kam es auch in Niedersachsen zu zahlreichen Neugründungen von Ortsvereinen.

Im Rahmen von ersten Vereinsverboten gegen den Bandidos MC (Neumüns-

ter 10) und Hells Angels MC (2010 Flensburg, 2011 Frankfurt und Westend) reagierten einzelne Ortsgruppen im Bundesgebiet mit Selbstaflösungen, weil diese auch mit Vereinsverboten rechneten.

Im Juni 2012 kam es zur Schließung des HAMC Hannover und in der Folge zu Neugründungen von anderen Ortsgruppen wie zum Beispiel HAMC North Region (Heidekreis – 2013), HAMC Wolfsburg (2013), HAMC Badland (Region Hannover – 2013), HAMC North Gate (Raum Hannover/Hildesheim – 2013), HAMC South Heath (Celle –



▲ In Göttingen sichergestellte Waffen, „Kutten“ und anderweitig verbotene Gegenstände

◀ Am Klubhaus des Hells Angels MC Göttingen in Adelebsen wurden im Oktober 2014 alle verbotenen Insignien entfernt

2013), HAMC North Country (Bassum – 2013), HAMC Jade Bay (Wilhelms- haven – 2012), HAMC West Side (Be- reich Delmenhorst – 2013).

Der größte Teil der Angehörigen des HAMC Hannover schloss sich den neu- gegründeten Ortsvereinen an und folgte damit dem bundesweiten Trend, so- genannte Clean Charter einzuführen, um den Behörden zukünftige Vereinsverbo- te zu erschweren.

Im Rahmen des ersten niedersächsi- schen Vereinsverbotes gegen einen OMCG wurde im Oktober 2014 der HAMC Göttingen verboten. Im engen zeitlichen Zusammenhang erfolgten dann die Selbstaflösungen der Orts- gruppierungen Badland, South Heath, North Gate und North Region.

Die Bilanz zum Jahresende 2014: Aktuell bestehen noch sechs Charter des HAMC in Niedersachsen.

Peter Bammert

# Hells Angels MC Göttingen – von den Anfängen bis zum Verbot

**I**m September 2011 wurden erstmalig zehn Personen mit sogenannten „Prospect-Kutten“ (das heißt Anwärter-Kutten) des Hells Angels Motorradclubs (HAMC) in der Göttinger Innenstadt festgestellt. Nach der anschließenden Gründung der Ortsgruppe Göttingen erhielt der HAMC Göttingen im Oktober 2012 dann den „Fullcharterstatus“ und zählte 15 Mitglieder.

Bei diesen Mitgliedern handelte es sich überwiegend um Personen mit diversen polizeilichen Erkenntnissen. Zu diesem Zeitpunkt musste von einer strategisch gesteuerten Festigung des Einflusses des HAMC im südniedersächsischen Bereich ausgegangen werden, insbesondere spielten Gebietsansprüche eine größere Rolle.

Zur Aufhellung der Strukturen und Hintergründe wurde frühzeitig eine Ermittlungsgruppe eingerichtet und lageangepasste Aufklärungsmaßnahmen durchgeführt. Darüber hinaus initiierte die Polizei verschiedene Maßnahmen, um gemeinsam mit kommunalen Verantwortungsträgern Ansiedlungsversuche des HAMC Göttingen zu unterbin-

## Verbot des Hells Angels MC Charter Göttingen

Das Ministerium für Inneres und Sport hat im Oktober mit sofortiger Wirkung den „Hells Angels MC Charter Göttingen“ verboten. Hintergrund war ein Straftatenkomplex, begangen durch mehrere Vereinsmitglieder, der dazu führte, dass die Strafrechtswidrigkeit des Vereins angenommen werden konnte. Der Verein bestand aus 14 Mitgliedern, die vorwiegend in Südniedersachsen leben. Durch das Verbot ist es dem Verein nunmehr nicht mehr erlaubt, sich als Verein zu betätigen, Ersatzorganisationen sind ebenfalls vom Verbot umfasst. Das Vereinsvermögen wurde einstweilig sichergestellt. Die Clubinsignien dürfen ebenfalls nicht mehr verwendet werden. Da die Insignien des Hells Angels MC generell unter das Verwendungsverbot fallen, hat dies aber im konkreten Fall keine besondere Auswirkung.

Dr. Susanne Graf | thi

den. Der Polizei gelang es, ein ursprünglich angemietetes Klubhaus in Göttingen zu verhindern. Nach aufklärenden Gesprächen mit dem Vermieter, löste dieser nachträglich den Mietvertrag wieder auf. Des Weiteren wurden im Landkreis Göttingen weitere Bestrebungen der Hells Angels, ein Klubhaus zu kaufen / anzumieten, vereitelt. Nach einer Kontaktaufnahme der Polizei Göttingen mit dem Eigentümer und der Darlegung von Hintergründen zu dem Rockerphänomen erklärte dieser, das Objekt doch nicht verkaufen oder an die Hells Angels vermieten zu wollen. Letztlich konnte die Gruppe im Ortskern von Adelebsen ein Objekt anmieten, das in der Folge als Klubhaus der Hells Angels genutzt wurde. Zunächst war das Gebäude von außen nicht als solches erkennbar, erst im August 2013 wurde an der Straßenfront das Symbol der HAMC Göttingen festgestellt. Das Auftreten der Hells Angels wurde in Adelebsen innerhalb der Bevölkerung unterschiedlich wahrgenommen, und zwar von harmlos bis beängstigend.

Die Klubmitglieder des HAMC Göt- ▶



Sichergestelltung einer Harley Davidson



Abtransport des sichergestellten Motorrads

tingen organisierten allein in den Monaten Februar, März, Mai und August 2014 insgesamt vier bundesweite Anführertreffen (sogenannte German Officer Meetings), die jeweils in einem kleinen Ort im Landkreis Göttingen stattfanden. Daran nahmen bis zu 120 Führungsmglieder des HAMC aus allen Teilen des Bundesgebietes teil. Die Anreise erfolgte in Pkw, auf das Tragen von Kutten wurde verzichtet.

Anlässlich des wiederholten Auftretens der Rockeranführer aus dem gesamten Bundesgebiet wurde in einer gemeinsamen Besprechung bei der Polizeidirektion Göttingen mit den Landtagsabgeordneten aus der Region, Vertretern des Landkreises Göttingen, des Fleckens Adelebsen, des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport sowie des Landeskriminalamtes Niedersachsen das Auftreten der Rocker in Adelebsen erörtert. In einem gemeinsamen Erfahrungsaustausch wurden Maßnahmen

einer noch engeren Zusammenarbeit zwischen Polizei und Kommunalbehörden zur Bekämpfung der durch die Angehörigen des HAMC Göttingen geschürten Ängste in der Bevölkerung beschlossen.

Im September 2014 versuchten der Anführer sowie weitere Mitglieder des HAMC Göttingen einen Mann aus dem Landkreis Kassel um einen hohen Geldbetrag zu erpressen. Nach einer Festnahmeaktion durch Spezialkräfte aus Kassel wurde gegen die beiden Hauptbeschuldigten auf Antrag der Staatsanwaltschaft Kassel die Untersuchungshaft angeordnet.

Am 24. Oktober 2014 wurde der Rockerclub „Hells Angels MC Charter Göttingen“ vom Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport verboten. Die Verbotsverfügung wurde den 14 Vereinsmitgliedern, die überwiegend in Adelebsen und Umgebung wohnen sowie dem inhaftierten Anführer in der Justizvollzugsanstalt durch die Polizei zugestellt.

Zur Umsetzung des Verbots wurden neben einer Vielzahl von Einsatzkräften Beweissicherungs- und Festnahmeeinheiten der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen auch die Spezialeinsatzkommandos Niedersachsen und Kassel sowie das Mobile Einsatzkommando der Polizeidirektion (PD) Göttingen eingesetzt.

Es erfolgten Hausdurchsuchungen in 16 Objekten in Niedersachsen. Dabei wurde umfangreiches Material sichergestellt, unter anderem verschiedene Motorräder, drei Schusswaffen sowie weitere Hieb- und Stichwaffen. In der Folge haben sich in Niedersachsen vier weitere Hells Angels Charter selbst aufgelöst.

Aus Sicht der PD Göttingen ist Polizeipräsident Robert Kruse davon überzeugt, dass sich durch das Verbot das Sicherheitsempfinden der Adelebser Einwohner weiter verbessert hat. Er kündigte an, dass die Polizei das Vereinsverbot sensibel überwachen wird.

Margret Reinecke | thi

## Strafbarkeit des Tragens von Kennzeichen verbotener Vereine

Nachdem in der letzten proPOLIZEI-Ausgabe über die Strafbarkeit der Verbreitung und Verwendung verbotener Kennzeichen des „Hells Angels MC“ berichtet wurde, befasst sich dieser Artikel mit der Ausweitung des sogenannten Kuttentrageverbots auf alle verbotenen Rockergruppierungen in den Ländern und beim Bund.

Hierzu wurde am 1. September 2014 durch das Niedersächsische Ministerium für Inneres und Sport in Einvernehmen mit dem Niedersächsischen Justizministerium geregelt, dass die Strafbarkeit der Verwendung verbotener Kennzeichen auf weitere Rockergruppierungen ausgeweitet wird.

Eine Übersicht der beim Bund und den

Ländern verbotenen Rockergruppierungen ist im Intranet der Polizei unter [https://intra.polizei.niedersachsen.de/kriminalitaet/rocker/ausweitung-des-umfanges-der-strafrechtlichen-bewertung-von-kz-weiterer-verbotener-rockergruppen,intranet\\_id,1942,intranet\\_artikel\\_id,30767.html](https://intra.polizei.niedersachsen.de/kriminalitaet/rocker/ausweitung-des-umfanges-der-strafrechtlichen-bewertung-von-kz-weiterer-verbotener-rockergruppen,intranet_id,1942,intranet_artikel_id,30767.html) aufgeführt.

In Niedersachsen wurde beispielsweise der „HAMC Charter Göttingen“ am 24. Oktober 2014 durch ein Verbot im Rahmen des Vereinsgesetzes aufgelöst, so dass davon auszugehen ist, dass diese Liste auch zukünftig erweitert werden wird.

Es ist nunmehr von einem Anfangsverdacht einer Straftat nach dem Vereinsgesetz auszugehen, sofern verbotene Kennzeichen gem. der Liste der verbo-

tenen Rockergruppierungen in der Öffentlichkeit oder in Versammlungen verwendet werden. Auch die Verbreitung der verbotenen Kennzeichen begründet diesen Anfangsverdacht. Die Gegenstände mit den verbotenen Kennzeichen sind bei Vorliegen des Anfangsverdachts und Einleitung eines Ermittlungsverfahrens unter Beachtung der Verhältnismäßigkeit gem. §§ 94, 98, 111b, c StPO i.V.m. § 20 Abs. 3 VereinsG sicherzustellen bzw. zu beschlagnahmen. Tätowierungen sind fotografisch zu sichern. Im Anschluss an die Maßnahme sollte darauf geachtet werden, dass das verbotene Kennzeichen durch den Träger/die Trägerin verdeckt wird.

Dr. Susanne Graf | cer

Polizeiakademie Niedersachsen

# Fachtagung zum Thema „Rockerkriminalität und Recht“



**M**ehr als 150 Polizisten und Staatsanwälte waren zur dritten Rechtswissenschaftlichen Tagung der Polizeiakademie Niedersachsen nach Nienburg/Weser gekommen. Das Thema „Rockerkriminalität und Recht“ haben die Referenten Christian Zahel, LtD. Kriminaldirektor beim LKA Niedersachsen, Staatsanwalt Dr. Marcus Marlie, Flensburg, und Dr. Jan Dirk Roggenkamp, Studienggebiet Rechtswissenschaften der Polizeiakademie Niedersachsen, aufbereitet.

Johannes-Jürgen Kaul, Direktor der Polizeiakademie Niedersachsen, führte in das Thema ein. Rockerkriminalität sei das Synonym für eine besonders menschenverachtende, zugleich aber straff geführte Form der organisierten Kriminalität. Die Polizeiakademie setze ihren Bildungsauftrag zu diesem Thema intensiv um und vermittele das Wissen dazu in

abgestufter Form in der Aus- und Fortbildung, so Kaul.

Anschließend referierte Christian Zahel. Als Abteilungsleiter 3 beim LKA ist er für die zentralen Ermittlungen gegen polizeilich relevante Rockerclubs, die sogenannten OMCG (Outlaw Motorcycle Gang) in Niedersachsen zuständig. Er liefert in seinem Vortrag „Rocker und das Recht“ Grundlagen über das Phänomen und die Praxis der Rockerkriminalität und zeigt die stark hierarchischen Strukturen auf.

Rechtswissenschaftler und gleichzeitig Veranstaltungsleiter Jan Dirk Roggenkamp lieferte zum Thema „Rocker und das Grundgesetz“ verfassungsrechtliche Grundlagen. Im Mittelpunkt seines Vortrags standen die Bedeutung und Reichweite des grundrechtlichen Schutzes aus Artikel 9 Grundgesetz sowie Verbotsgründe und die rechtlich mögli-

chen Maßnahmen nach dem Vereinsgesetz. Zu diesen Maßnahmen zählt auch, dass mit Wirkung vom 1. September 2014 für das Land Niedersachsen erlassene Verwendungsverbot von Symbolen von insgesamt 26 Rockervereinigungen.

Last but not least trug Staatsanwalt Marcus Marlie vor. Seit 2009 setzt er sich in Schleswig-Holstein mit den praktischen und rechtlichen Problemen bei der Bekämpfung der Rockerkriminalität auseinander. In seinem praxisbezogenen Vortrag trug er außerdem Aspekte des Vereinsrechts und aktuelle Fragen zum Verbot von Rockervereinen vor.

Zum Abschluss der Tagung waren sich alle Teilnehmerinnen und Teilnehmer einig, dass jeder wichtige praxisrelevante Informationen für seinen Arbeitsbereich mitnehmen konnte.

Andrea Marquardt | igw

Unterausschuß FEK

# Niedersachsen übernimmt Vorsitz

Der Unterausschuss „Führung, Einsatz, Kriminalitätsbekämpfung“ (UA FEK) des „Arbeitskreises Innere Sicherheit“ (AK II) der Innenministerkonferenz (IMK) wählte in seiner 55. Sitzung in Münster Landespolizeidirektor Knut Lindenau für den Zeitraum vom 1. Januar 2015 bis 31. Dezember 2016 zu seinem Vorsitzenden. Damit wechselt unter anderem auch die Geschäftsstelle des UA FEK zum Jahresbeginn vom bisherigen Vorsitzland Hamburg nach Niedersachsen.

Die IMK koordiniert als oberstes bundesweites Gremium die fachliche Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Bevor auf der IMK ein Beschluss gefasst und später von den Ländern umgesetzt wird, beschäftigen sich die untergeordneten Arbeitskreise ausführlich mit den jeweiligen Themen, so zum Beispiel der AK II.

Dieser wiederum verteilt je nach Themenschwerpunkt Aufträge in seine nachgeordneten Gremien. Eines dieser Gremien ist der UA FEK, der für alle polizeilichen Aufgaben von strategischer oder taktischer Bedeutung zuständig ist, besonders für Fragen der Führung, des Einsatzes, der Kriminalitätsbekämpfung, der Verkehrssicherheitsarbeit sowie der Aus- und Fortbildung.

Die IMK koordiniert als oberstes bundesweites Gremium die fachliche Zusammenarbeit in der Sicherheitspolitik. Bevor auf der IMK ein Beschluss gefasst und später von den Ländern umgesetzt wird, beschäftigen sich die untergeordneten Arbeitskreise ausführlich mit den jeweiligen Themen, so zum Beispiel der AK II.

Dieser wiederum verteilt je nach Themenschwerpunkt Aufträge in seine nachgeordneten Gremien. Eines dieser Gremien ist der UA FEK, der für alle polizeilichen Aufgaben von strategischer oder taktischer Bedeutung zuständig ist, besonders für Fragen der Führung, des Einsatzes, der Kriminalitätsbekämpfung, der Verkehrssicherheitsarbeit sowie der Aus- und Fortbildung.

Der Unterausschuss ist verantwortlich für die länderübergreifende Abstimmung der einzelnen Themen und spielt seine Ergebnisse dem AK II zurück. Das Gremium bringt zudem eigeninitiativ Fragestellungen und Erkenntnisse aus der polizeilichen Basisarbeit ein, um so auf aktuelle Herausforderungen zu reagieren.

Zu den Mitgliedern des UA FEK zählen die höchsten Beamten der Polizeien und obersten Behörden der Länder und des Bundes sowie der Vizepräsident der Deutschen Hochschule der Polizei. Seit Jahresbeginn hat Landespolizeidirektor Knut Lindenau den Vorsitz von Reinhard Fallak, Polizeivizepräsident der Freien und Hansestadt Hamburg, für 2015/ 2016 übernommen. Sein Stellvertreter ist Thomas Hampel, Inspekteur der Bayerischen Polizei.

Ein besonderer Schwerpunkt während des Vorsitzes in den nächsten Jahren



Gremienstruktur der IMK



LPD Knut Lindenau (l.), Dr. Susanne Graf, LtD. PD Jörg Müller und POR'in Nicola Simon

## Geschäftsstelle des UA FEK

Auskünfte zu allen Gremienangelegenheiten erteilen:

Thorsten Massinger, 0511 - 120 - 6565

Ronny Festerling: 0511 / 120 - 6431

Melanie Reuling: 0511 / 120 - 6147

Maike Petereit: 0511 / 120 - 6169

E-Mail: [gst.uafek@mi.niedersachsen.de](mailto:gst.uafek@mi.niedersachsen.de)

Weitere Informationen über die länderübergreifende Gremienarbeit können im Extrapol unter dem Link „Zusammenarbeit und Projekte“ aufgerufen werden.

ren werden die Erörterungen zur strukturellen und strategischen Neuausrichtung des UA FEK sowie die damit gegebenenfalls verbundene Aktualisierung der Geschäftsordnung sein.

Verbunden mit dem turnusgemäßen Wechsel im UA FEK übernimmt Nicola Simon, Verkehrsreferentin im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport (MI), den Vorsitz in der AG VPA. Ebenfalls ändert sich auch die Geschäftsführung des „Arbeitskreises der Einsatzreferenten“, deren neuer Vorsitzender der Leiter des Referats 24 im Ministerium, Jörg Müller, ist.

Die Einsatzreferentinnen und -referenten stellen die zuständige Entscheidungsinstanz für den länderübergreifenden Einsatz von Kräften sowie Führungs- und Einsatzmitteln bei übergeordneten Einsatzanlässen dar und arbeiten dem UA FEK in polizeitaktischen sowie einsatzbezogenen Fragen zu. Darüber hinaus ging der Vorsitz der KoSiKern im vergangenen Sommer auf Dr. Susanne Graf, Referatsleiterin 22.1 im MI, über.

Unterstützt wird der Vorsitzende des UA FEK durch eine Geschäftsstelle im Niedersächsischen Ministerium für Inneres und Sport (Referat 21), die sämtliche Angelegenheiten koordiniert und Ansprechpartner für den Bund, die Länder sowie andere Gremien ist. Aktuell werden dort unter anderem die Frühjahrssitzung am 18. und 19. März 2015 in Münster (DHPol) sowie die Herbstsitzung 2015 in Niedersachsen vorbereitet.

Thorsten Massinger | cer

## PAPI

# Neu im Aussehen und in vielen Funktionen



Das Polizeiliche-Anfragen-Portal Intranet (PAPI) ist bereits seit fünf Jahren online und hat sich mittlerweile zum zentralen Anfragenportal für die Polizei Niedersachsen entwickelt. Jetzt wurde es umfassend überarbeitet und wartet mit vielen Änderungen auf.

So steht unter der Rubrik Verkehrsanfragen ab sofort „TACHOnet“ zur Verfügung. Über die neue Anwendung können nun auch die Daten ausländischer Fahrerkontrollkarten online abgefragt werden. Bei Kontrollen des Schwerlastverkehrs stellt dies eine Erleichterung für die Arbeit der Kontrollkräfte dar.

Dazu wurden thematisch zu den Verkehrsabfragen passende externe Anfrageportale in PAPI eingebunden: Die in EXTRAPOL – dem Intranet aller Polizeien der Länder und des Bundes – vorhandenen Rechercheanwendungen „Dokumenten-Informationssystem“ (DOKIS) zur Durchführung von Kontrollen bei Ausweisen und Fahrzeugunterlagen, „Europäische-Fahrzeug-Identifizierungs-Datei“ (EuFID) zur Hersteller,

Typ und Baujahr bedingten Fahrzeugidentifizierung sowie die „Recherche amtlicher Kraftfahrzeugkennzeichen“ (RAKK) nach Ländern unterstützen die Polizeibeamtinnen und -beamten bei der Bekämpfung internationaler Kriminalität mit Kraftfahrzeugbezug. Die „Recherche von Spiegel- und Leuchtenfragmenten zu Unfallfluchtensachforschungen“ (LUNA) komplettiert die neuen Anfragemöglichkeiten.

Darüber hinaus hilft die Recherche-datei „DAREX“, die bislang nur als CD über das Landeskriminalamt Niedersachsen verfügbar war, den niedersächsischen Beamtinnen und Beamten bei der Bekämpfung rechtsextremistischer Taten.

Mit Hilfe der Datei lassen sich Symbole, Schriften und Liedgut mit rechts-extremistischem Hintergrund anhand von Schlagworten schnell und zielgerichtet recherchieren. Die Ergebnisse werden den Abfragenden dabei mit einer ausführlichen Beschreibung und Bewertung zur Verfügung gestellt.

Günther Klages | hof

## Landtag

# Kriminalkommissar referierte vor dem Innenausschuss



**K**riminalkommissar Christian Riedel vom Dezernat 11 der PD Osnabrück staunte nicht schlecht, als er die Einladung des Ausschusses für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtages in den Händen hielt. Das weitläufig als Innenausschuss bekannte Gremium – ihm gehören Abgeordnete aller im Niedersächsischen Landtag vertretenen Fraktionen an – interessierte sich für seine Masterarbeit.

In dem Einladungsschreiben des Ausschusses an Kommissar Riedel heißt es unter anderem: „...die Mitglieder des Ausschusses für Inneres und Sport des Niedersächsischen Landtages haben erfreut zur Kenntnis genommen, dass Sie beim 17. Europäischen Polizeikongress in Berlin für Ihre Masterarbeit zum Thema ‚Interkulturelle Kompetenz in der Polizei – Eine empirische Studie zur

Betrachtung interkultureller Situationen durch Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte‘ mit dem zweiten Platz des ‚Zukunftspreises Polizeiarbeit‘ ausgezeichnet wurden. Die Ausschussmitglieder ... sehr daran interessiert sind, nähere Informationen über Ihre Arbeit zu erhalten.“

Kürzlich war es dann soweit. Riedel stellte im Niedersächsischen Landtag dem Innenausschuss seine Masterarbeit vor. Er zeigte sich nach seinem Vortrag sehr zufrieden. „Es ist schon etwas Besonderes vor solch einem Gremium zu sprechen.“

Die Masterarbeit thematisiert den Bereich der Interkulturellen Kompetenz in der Polizei. Es wurden sechs norddeutsche Polizeibeamte aus dem Streifen dienst zu möglichen Schwierigkeiten im Umgang mit Personen mit Migrationshintergrund befragt.

Bezeichnend war dabei, dass ein weit überwiegender Teil, der als problematisch empfundenen Situationen, nur durch Verhaltensweisen von männlichen Bürgern verursacht wurde – zumeist ganz unabhängig der Nationalität. Ge-steigerte Emotionen, Aggressivität oder das Infrage stellen staatlicher Autorität durch Männer führte bei den Befragten zu negativen Erfahrungen.

Diese Erkenntnisse können als Hinweise in der Aus- und Fortbildung genutzt werden, um selbstreflektiert und kritisch mögliche Handlungsoptionen für die individuellen Bedürfnisse von Kollegen zu erarbeiten. Denn Interkulturelle Kompetenz soll in erster Linie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamten Handlungssicherheit und Hilfestellungen bei polizeilichen Einsätzen bieten.

Marco Ellermann | jrd

## Suchtprävention

# Jahrestagung der BAG Sucht

Die diesjährige Tagung der Bundesarbeitsgemeinschaft Suchtprävention (BAG Sucht) fand in der Landessportschule Thüringen, in Bad Blankenburg am Fuße des Thüringer Waldes, statt. Die Veranstaltung stand unter dem Motto „Augen zu und durch – oder Augen auf und reden?“

Aus Niedersachsen reisten neun Teilnehmer nach Thüringen. Mit dabei waren der Vorsitzende der Landesarbeitsgemeinschaft Sucht, Carsten Liebner (PD GÖ) und sein Vertreter, Johann Hartema (PD OS) Günter Mowka (ZPD), Ulrich Kaupmann (PD GÖ), Rainer Zitzke (LKA), Reinhardt Rabenhorst (PD OS), Wolfgang Klages (PD BS), Dieter Ligendza (PD LG) und von der Polizeiakademie Andreas Wetzel.

An der Tagung nahmen – ausgenommen aus Hamburg und Brandenburg – Vertreterinnen und Vertreter aller Bundesländer sowie der Bundespolizei und des BKA teil.

Schnell war nach einer ersten Abfrage unter den Teilnehmern deutlich, dass Suchtprävention in allen Länderpolizeien ihren festen Stellenwert hat.

Referent Heiko Hüttmann, Ltd. Polizeidirektor von der PD Lüneburg, hielt einen Vortrag über die wichtige Aufgabe der Vorgesetzten in der Suchtprävention und -hilfe. Seinen Worten zufolge sei es „vornehmste Aufgabe“ der Vorgesetzten, sich der Suchterkrankten anzunehmen und Leidensdruck aufzubauen, was heißt, dass der Abhängige in die Situation gebracht wird zu erkennen, dass der Suchtmittelkonsum negative Auswirkungen auf sein Leben hat.

Die Aufgabe der Vorgesetzten sei deshalb so wichtig, weil sie die Mittel und Möglichkeiten haben, diesen Leidensdruck aufzubauen. Er stellte jedoch auch klar, dass es nicht Aufgabe der Sucht-



Ulrich Kaupmann (l.), Rainer Zitzke, Andreas Wetzel, Dieter Ligendza, Wolfgang Klages, Günter Mowka und Carsten Liebner

helfer und -berater sei, die Arbeit der Vorgesetzten zu erledigen. Wichtig sei die konsequente Umsetzung unter Einbeziehung der Stufenpläne.

Ein Highlight war für die Teilnehmer auch der Vortrag von Dr. Heike Hinz, Leiterin der Klinik Richelsdorf in Nordhessen. Hinz blickt auf eine über 20-jährige Erfahrung als Ärztin im Umgang mit Suchtkranken zurück und schilderte eindrucksvoll die „Karriere“ eines Alkoholkranken im Wechselspiel mit seinem sozialen Umfeld. Beispielhaft sprach sie von „Erika“ und „Kai-Uwe“, die immer tiefer in den Sumpf Alkohol gezogen wurden.

Hinz schilderte eindrucksvoll das Wechselspiel zwischen dem Alkoholkonsum von „Kai-Uwe“ und der Hilflosigkeit seiner Partnerin „Erika“ im Umgang mit dieser Situation. Folglich fängt „Erika“ an, ihren „Kai-Uwe“ zu decken. Sie wird ihn auf der Arbeits-

stelle krankmelden und im Bekanntenkreis entschuldigen. Eindrucksvoll schilderte die Ärztin, dass das Umfeld eher wegsieht, als zu handeln.

Weitere Fachvorträge folgten – so unter anderem von Dr. Christoph Kern von der Fachklinik Klosterwald in Bad Klosterlausnitz zum Thema „Burnout unter medizinischen Aspekten“. Anhand einer „Uhr“ konnte abgelesen werden, wie weit ein Mensch bereits ausgebrannt ist und welche gesundheitlichen Folgen dies verursacht. Medizinisch, so Kern, gibt es den Begriff „Burnout“ nicht: Korrekt heiße es „Allgemeine Erschöpfung“!

Die Kollegen der Polizei suchthilfe aus Thüringen erhielten großes Lob für die Ausrichtung der Tagung. Über allem stand jedoch eins: Der Austausch mit den Kolleginnen und Kollegen der anderen Bundesländer zwischen und nach den Vorträgen.

Andreas Wetzel | igw | jrd

# Es ist soweit: Die Strategie 2020

**A**m Rande der jüngsten (59.) Behördenleitertagung wurden die jeweiligen Zielvereinbarungen zwischen dem Landespolizeipräsidentium und den Behörden für das Jahr 2015 unterzeichnet. Dieser formale Akt stellt den offiziellen Startschuss für die Umsetzung der von den neun niedersächsischen Polizeibehörden geplanten strategischen Maßnahmen für 2015 dar.

In den Zielvereinbarungen werden unter der Rubrik „Strategische Zielbereiche“ zum einen die strategischen Ziele des Landes und zum anderen die der betreffenden Behörde abgebildet. Der notwendige Abgleich zwischen den Behörden und dem Landespolizeipräsidentium hatte zuvor stattgefunden.

Um einen Ausblick auf die sich entfaltenden Aktivitäten in 2015 zu geben, werden beispielhaft die strategischen Maßnahmen verschiedener Behörden vorgestellt. Wie im Strategieforum 2014 ausführlich durch die Polizeidirektion (PD) Osnabrück dargestellt, erfolgt dort im Zielbereich Arbeitswelt eine intensive Auseinandersetzung mit der Belastungssituation ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter. Das strategische Ziel lautet: „Wir gewährleisten eine ausgeglichene angemessene Arbeitsbelastung und konzentrieren uns auf unsere Kernaufgaben.“ Das Jahresziel beziehungsweise die geplanten Maßnahmen für 2015 sind jetzt so formuliert:

„1. Die Inspektionen der Polizeidirektion führen eine Aufgabenkritik in allen Ebenen unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bis zum 31. März 2015 durch.

2. Im ersten Quartal 2015 wird ein Projektauftrag zur Entwicklung eines Analyse- und Steuerungsinstruments zur Feststellung der Arbeitsbelastung vorbereitet. Im Rahmen dieser Vorbereitung werden Kooperations- und Nutzungs-



möglichkeiten mit dem LPP geprüft, insbesondere in Bezug auf die dort geplante Mitarbeiter-Befragung. (...)“

Die PD greift unter anderem auf die Organisationsanalyse ihrer Querschnittsgruppe zurück und berücksichtigt dadurch die bisherige Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.

Die Belange der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter spiegeln sich auch in den Zielvereinbarungen der anderen Polizeibehörden wieder – und zwar nicht nur im Zielbereich Arbeitswelt. In einem strategischen Ziel der PD Braunschweig für den Zielbereich Sicherheit heißt es: „Wir begegnen den Erscheinungsformen von Aggressivität und Gewalt wirkungsvoll und professionell (...)“. Zur Umsetzung dieses Ziels beginnt „die PD Braunschweig (...) im Jahr 2015, die Handlungssicherheit im Umgang mit Gewaltsituationen zu optimieren – insbesondere auch durch die Anwendung des Konzeptes zur Betreuung und Begleitung von durch Gewalt betroffener Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter.“ Die

PD Hannover stimmt beim Thema Gewalt inhaltlich mit der Landesstrategie überein: „Wir erkennen Gewalt schon in der Entstehung und beherrschen Konflikte.“ Eine der strategischen Maßnahmen zur Realisierung dieses Ziels ist die Erweiterung des Moduls „Deeskalative Kommunikation“. Für die Jahre 2016 bis 2020 wird der Ausblick auf eine behördenweite Fortbildung gegeben.

Für das Ziel der PD Göttingen „Wir bekämpfen Cybercrime mit hoher Professionalität.“ sieht die Maßnahmenplanung für den Zielbereich Sicherheit eine Erhebung des Ist-Standes in den Bereichen technische Ausstattung, Personalplanung, Personalausstattung sowie Qualifizierung vor.

Die PD Lüneburg plant für das in der Arbeitswelt verortete Ziel „Wir leben eine von Offenheit und Vertrauen geprägte Organisationskultur und übernehmen ebenengerecht Verantwortung.“ unter anderem die Definition einer Organisationskultur und ein Konzept zur

# „kommt auf die Straße“



Beteiligung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern.

Während die Polizeiakademie im Zielbereich Arbeitswelt zur Gestaltung eines gesunderhaltenden Arbeitsumfeldes für ihre Führungskräfte Coaching- und Fortbildungsangebote zur Stärkung und Reflexion der Führungskompetenzen anbieten wird, setzt die Zentrale Polizeidirektion im Zielbereich Technologie auf eine interdisziplinäre Expertengruppe,

die ein Konzept zur Entwicklung der ZPD hin zu einem Technologie- und Innovationszentrum der Polizei Niedersachsen erarbeitet.

Wie vielfältig und regional unterschiedlich die strategischen Ziele sein können, zeigt sich beispielsweise bei der PD Oldenburg: „Wir widmen dem Kriminalitäts- und Einsatzgeschehen im Zusammenhang mit dem Bundesland Bremen besondere Aufmerksamkeit,

erkennen insbesondere die Entwicklungen im Bereich der qualifizierten Eigentumskriminalität und agieren zeitnah und nachhaltig.“ Eine der geplanten Maßnahmen zur Zielerreichung ist die „Intensivierung der länderübergreifenden Kontrollaktionen ...“. Ein weiteres Ziel – nicht ausschließlich, aber auch in der Nähe

zu Bremen begründet – ist das Erkennen krimineller Subkulturen, die Aufhellung ihrer Strukturen und das Entgegenstellen ihres Machtstrebens. Die entsprechende Maßnahme dazu lautet: „Erstellung einer Rahmenkonzeption zur ganzheitlichen Bekämpfung der kriminellen Aktivitäten ethnischer Clans“.

Neben den vier Zielbereichen der Landesstrategie (Arbeitswelt, Finanzen, Sicherheit und Technologie) hat das Landeskriminalamt unter anderem ein weiteres strategisches Ziel in ihrer Zielvereinbarung aufgeführt, nämlich zum Thema Medien: „Wir sind durch Bewertung landesweiter Erkenntnisse und ganzheitlicher Betrachtung kompetent auskunftsfähig und betreiben angesichts des sich verändernden Journalismus und einer expandierenden Medienlandschaft aktive Medienarbeit.“ Um diesem Ziel gerecht zu werden, sind beginnend mit 2015 bedarfsorientierte Hospitationen der Pressesprecher in häufig von Medienanfragen betroffenen Dezernaten vorgesehen.

Viele strategische Maßnahmen der Behörden tangieren darüber hinaus die Kriminalitätsbekämpfung, den eigenen Organisationsaufbau, die Personalzusammensetzung, die technologische Ausstattung und – zwangsläufig auch – die Haushaltslage. Die Polizei Niedersachsen stellt sich damit aktiv für die erfolgreiche Bewältigung zukünftiger Herausforderungen auf.

Die Zielvereinbarungen 2015 sind Beginn und Grundlage für die Strategieumsetzung der nächsten Jahre. Sie zielen dabei auf vielfältige Optimierungen in vielen Bereichen und auf unterschiedlichen Ebenen der Organisation ab. Werden Sie Teil dieser Strategie und beteiligen Sie sich aktiv an den Maßnahmen Ihrer Behörde!

Maika Petereit



## Gesundheitsmanagement

# Gesundheit in der Polizei (GIP)

Vor dem Hintergrund der gestiegenen Anforderungen an die polizeiliche Arbeit widmet sich die Polizei Niedersachsen bereits seit 2008 verstärkt dem Thema Gesundheit. Das von der Projektgruppe Gesundheit in der Polizei (GIP) entwickelte Gesamtkonzept für ein ganzheitliches Gesundheitsmanagement zielt auf die systematische Verbesserung der Arbeitsbedingungen und -abläufe sowie die Stärkung der Gesundheitskompetenzen aller Beschäftigten ab.

Zentraler Kern des Konzeptes sind die sogenannten Prozessketten, die es den Polizeidienststellen ermöglichen, unter Beteiligung der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie der Führungskräfte, gesundheitsförderliche Arbeitsbedingungen zu entwickeln. Die Prozessketten setzen sich aus der Sensibilisierungs- und Konzeptionsphase, den Diagnoseworkshops, den Gesundheitszirkeln und der Evaluation zusammen.

Während im Diagnoseworkshop die bestehenden Belastungen und vorhandenen Ressourcen benannt werden, sollen sie im Gesundheitszirkel konkret bearbeitet und Maßnahmen zur Behebung entwickelt werden, bevor im Rahmen der Evaluation die Umsetzung betrachtet und die Effekte gemessen werden.

Mithilfe personeller Maßnahmen, wie beispielsweise der Qualifizierung und dem Einsatz von Prozessbegleitern und Koordinatoren auf Behörden- und Dienststellenebene, soll die Implementierung des Gesundheitsmanagements in den Polizeibehörden und der Polizeiakademie langfristig unterstützt werden.

Aktuell beteiligten sich zirka 150 Prozessbegleiterinnen und -begleiter und (Behörden-) Koordinatoren aktiv an den über 120 im Jahr 2014 durchgeführten Prozessketten. In Anbetracht der bisherigen Evaluationsergebnisse kann fest-

gestellt werden, dass die konsequente Umsetzung der von der Projektgruppe entwickelten Standards zu einer messbaren und signifikanten Steigerung der Arbeitszufriedenheit der Beschäftigten führt. Diese Annahme spiegelt sich auch in den exemplarisch aufgeführten Aussagen der Kolleginnen und Kollegen wieder, die Teilnehmer an einem Kernprozess waren beziehungsweise sind.

Darüber hinaus werden in den Behörden äquivalente Erhebungsinstrumente zur Erfassung der Belastungen und Ressourcen genutzt und in der Folge Arbeitsgruppen, wie beispielsweise die AG Belastung der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden, eingesetzt. Ursächlich für die Einrichtung dieser AG war eine im Rahmen des Gesundheitsmanagements durchgeführte zweite Mitarbeiterbefragung zu unterschiedlichen Themenfeldern.

Die Auswertung ergab unter anderem ein neues Handlungsfeld zum Thema „Belastungen“. Die subjektive Einschätzung aus der Mitarbeiterbefragung konnte anhand eines Personalstärke-, Überstunden-, Krankenstands-, Aktivitäten- und Vorgangsmonitorings in verschiedenen Bereichen belegt werden.

Seitens der PI-Leitung Hameln-Pyrmont/Holzminden ist geplant, den persönlichen und beruflichen Belastungen beziehungsweise deren negativen Auswirkungen auf die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in einem Drei-Stufen-Konzept entgegenzuwirken. Hierbei sollen im Rahmen der Auswertung der Belastungsmonitore andauernde Belastungsfaktoren erkannt und dazu Lösungsansätze entwickelt werden. Im Rahmen von Fortbildungen und Seminaren soll den und Mitarbeitern sowie Vorgesetzten praxisorientiert vermittelt werden, diese Belastungen zu erkennen, damit umzu-

gehen und Möglichkeiten eines Ausgleichs zu entwickeln.

Um diesen Belastungen entgegen zu wirken, bedarf es entlastender und gesundheitsschützender Bedingungen. Dabei stehen Aspekte der belastungsorientierten und gesundheitsförderlichen Arbeitsgestaltung, Mitarbeiterbeteiligung und die soziale Unterstützung durch Vorgesetzte sowie durch Kolleginnen und Kollegen im Vordergrund. Darüber hinaus wird an die Eigenverantwortlichkeit beim Erkennen und im Umgang mit dienstlichen wie privaten Belastungsfaktoren appelliert.

Zu diesem Thema wurde unter anderem eine Informationsplattform für alle Mitarbeiter der PI Hameln-Pyrmont/Holzminden eingerichtet und die Regionale Beratungsstelle der PD Göttingen, sowie der Kirchliche Dienst für Polizei und Zoll eingebunden.

Jennifer Uhl



„Nach dem GIP-Prozess habe ich mehr Verständnis und Unterstützung für meine dienstliche Tätigkeit erhalten!“

Joachim Rodenberg, LKA Niedersachsen



„Für mich hat GIP unter anderem die Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft in Bewegung gesetzt. Als positive Quintessenz kann ich feststellen, dass wir von dem GIP-Prozess profitiert haben.“

Daniela Baxmann, LKA Niedersachsen



„Der GIP-Prozess ist eine gute Basis, um im gemeinsamen Dialog erkannten Problemstellungen zu begegnen. Er bietet die Möglichkeit für alle Kolleginnen und Kollegen, konstruktiv an einer positiveren Gestaltung ihres Arbeitsumfeldes mitzuwirken. Dieses hat bei uns nicht nur dazu geführt, dass eine Vielzahl kreativer und innovativer Ideen entwickelt wurden, sondern die aktive Übernahme von Verantwortung für das eigene Arbeitsumfeld hat sich auch sehr positiv auf das Arbeitsklima ausgewirkt.“

Klaus Tormöhlen, PD OS

## Landespolizeipräsidium

# 10. Tagung der PI- und Behördenleiter

Im vierten Quartal 2014 fand zum zehnten Mal die Besprechung des Landespolizeipräsidiums mit den Leiterinnen und Leitern der Polizeiinspektionen, den Behördenleitern sowie weiteren Verantwortlichen aus den Polizeibehörden statt.



Landespolizeipräsident Uwe Binias begrüßt die Teilnehmerinnen und Teilnehmer

Die Zentrale Polizeidirektion stellte mit dem Saal Niedersachsen die ideale Räumlichkeit für einen gemeinsamen Informations- und Gedankenaustausch, bei dem Landespolizeipräsident Uwe Binias mehr als 80 Führungskräfte aus der niedersächsischen Landespolizei begrüßen konnte.

Im Mittelpunkt der diesjährigen Veranstaltung, welche durch den Referatsleiter Technik und Finanzen, Alfred Soetbeer, moderiert wurde, standen die Themen „Mobilität“ und „Ein-Plattform-Strategie“.

Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer erhielten sowohl einen Sachstand als auch einen Ausblick zum Projekt „Umsetzung IKT-Strategie“. Wegweisend sind in diesem Zusammenhang die Abschaffung des Parallelbetriebs von „Linux“ und „Microsoft“ und die damit verbundene Entscheidung für einen

zentralen Betrieb auf Microsoftbasis. Der Betrieb soll zukünftig zentral über den IT.N gewährleistet werden.

Im Rahmen des Themas „Mobilität“ wurde darüber hinaus ein Einblick in das Fuhrparkmanagement der Polizei Niedersachsen und die ganzheitliche Betrachtung von Mobilitätsbedarf und -deckung gegeben.

Weiterhin standen aktuelle Themen wie „Fahndung nach entwichenen Personen“, „Aktuelle und künftige Entwicklungen des Haushaltes der Polizei Niedersachsen“ sowie „Digitalfunk BOS“ auf der Tagesordnung.

Die Impulsreferate und Präsentationen regten zum Erfahrungsaustausch an. Am Ende stand fest: Der Wert des gemeinsamen Dialoges hat sich einmal mehr bestätigt. Der Meinungs- und Gedankenaustausch soll in dieser Form fortgeführt werden.

Nils Allendorf | jrd

## Uniform

# Fachtagung „Dienstbekleidung“

**F**ür ihre Aufgabenwahrnehmung benötigt die Polizei Niedersachsen eine moderne und funktionsgerechte Dienstbekleidung. Diese spielt nicht nur eine wichtige Rolle für eine professionelle Aufgabenerfüllung, sondern ebenso für das öffentliche Auftreten der Beamtinnen und Beamten.

Innerhalb der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen muss sie auch zukünftig den Tragekomfort, die Eigensicherung und den Arbeitsschutz gewährleisten, den Belastungen des täglichen Dienstes standhalten, die Arbeit funktional unterstützen und vor allem auch eine hohe Akzeptanz bei den Nutzerinnen und Nutzern finden.

Zudem ist in den letzten Jahren zunehmend eine Vernetzung zwischen den Bereichen Bekleidung und Technik zu beobachten. Intelligente Kleidung, sogenannte Smart-Clothes, wird derzeit immer beliebter. Auch für die Polizei könnte diese Entwicklung zukünftig einsatztaktische Vorteile bringen.

Vor diesem Hintergrund fand am 14. Oktober in den Räumen der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen unter der Leitung des Ministeriums für Inneres und Sport (MI) die erste Fachtagung zu dem Thema Dienstbekleidung statt.

Neben den niedersächsischen Mitgliedern der Nutzergruppen, der Fachgruppe und den Mitgliedern des Kooperationsgremiums waren ebenfalls Vertreterinnen und Vertreter aus dem Nutzerkreis einer jeden Polizeibehörde und der Polizeiakademie Niedersachsen sowie die für den Bereich Dienstbekleidung zuständigen Personen des Logistik Zentrums Niedersachsen (LZN) zur Tagung eingeladen.

Im Fokus der Veranstaltung stand der gemeinsame Austausch über die jeweiligen Aufgaben und Arbeitsschritte im Prozess rund um die Beschaffung von



Dienstbekleidung. Ein Hauptziel dabei war die Förderung des Verständnisses auf allen beteiligten Seiten für die jeweiligen Bedarfe und Erforderlichkeiten.

Aus diesem Grund nahm ebenfalls eine Delegation aus Bayern an der Fachtagung teil, da dort ein großes Interesse an einer zukünftigen Zusammenarbeit mit dem LZN besteht.

Dienstbekleidung wird nahezu von jeder Polizeibeamtin und jedem Polizeibeamten getragen und ist deswegen ein Thema mit hohem subjektivem Stellenwert. Aufgrund der vielfältigen Aufgaben

der Polizei muss die Dienstbekleidung dabei unterschiedlichsten Anforderungen standhalten. Um diesen Anforderungen entsprechend begegnen zu können, ist die gegenseitige Kenntnis von Ansprüchen und Aufgaben im Beschaffungsprozess von Dienstbekleidung unerlässlich. Insgesamt konnte die Fachtagung hierbei zu einem wertvollen Erfahrungsaustausch beitragen.

Lesen Sie den ganzen Bericht im Intranet der Polizei Niedersachsen oder in „ExtraPol“.

Britta Winkler | cer



## Chancengleichheit in der Polizei

# 20 Jahre Niedersächsisches Gleichberechtigungsgesetz (NGG)

**D**er Staat fördert die tatsächliche Durchsetzung der Gleichberechtigung von Frauen und Männern und wirkt auf die Beseitigung bestehender Nachteile hin – Artikel 3, Absatz 2 Grundgesetz. Grundsätzlich herrscht Konsens über die Richtigkeit der Chancengleichheit, jedoch ist man über den Grad uneinig.

Am 1. Juli 1994 trat das erste NGG in Kraft. Wie hat sich dieses Gesetz in Hinsicht auf den Anteil der Frauen insgesamt in der Polizei und insbesondere auf den Anteil der Frauen in Führungsfunktionen entwickelt?

2011 wurde das aktuelle NGG verabschiedet, das eine Unterrepräsentanz des jeweiligen Geschlechtes bei 45 Prozent sieht.

Bis 1981 waren Frauen ausschließlich in der Kriminalpolizei anzutreffen.

Nach einem Modell im Jahr 1981, Frauen in die Schutzpolizei einzustellen, folgte die reduzierte Einstellung von 25 Prozent Frauen in den Polizeivollzugsdienst bis 1989. Heute liegen wir bei

einem Einstellungsanteil von zirka 38 Prozent Frauen in den Polizeivollzugsdienst. Aktuell ergibt das einen Frauenanteil von rund 22 Prozent für Polizeivollzugsbeamtinnen.

Der Führungsanteil in der Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt beläuft sich auf sieben Prozent, wobei der Anteil in den Spitzenämtern dieser Laufbahngruppe, also A12 und A13 gerade mal bei fünf Prozent liegt. Frauen im mittleren Management in der Polizei Niedersachsen sind somit nach 20 Jahren NGG und über 30 Jahren Frauen in der Kriminal- und Schutzpolizei deutlich unterrepräsentiert.

In der Laufbahngruppe 2, 2. Einstiegsamt liegt der Anteil der Frauen bei 13,3 Prozent. Allerdings finden wir auch hier in den Spitzenfunktionen von A15 und A16 lediglich sechs Frauen, was einem Anteil von 6,3 Prozent entspricht. In den Besoldungsgruppen darüber befinden sich gar keine Frauen!

Der Anteil der Frauen in der Verwaltung für die Spitzenfunktionen A15 und

A16 beträgt 33 Prozent. Bedenkt man jedoch, dass in die Verwaltung schon immer Frauen gleichberechtigt eingestellt wurden, ist auch hier der Anteil der Frauen zu steigern.

Gemäß §13 Abs. V NGG in Verbindung mit §16 Abs.1 NGG ist bei der Einstellung, Beförderung und Übertragung höherwertiger Tätigkeiten eine Person des unterrepräsentierten Geschlechts bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung gegenüber einer anderen Person des anderen Geschlechts zu bevorzugen.

Klingt ganz einfach, aber wieso verändert sich der Anteil der Frauen in Führungs- und Spitzenfunktionen trotz vieler Frauenfördermaßnahmen nur langsam beziehungsweise stagniert seit über zehn Jahren?

Antworten gibt unter anderem das Seminar Chancengleichheit! Hier tagen jährlich die Dezernatsleiterinnen und -leiter Personal, die Gleichstellungsbeauftragten und die Bezirkspersonalratsvorsitzenden der Behörden. In diesem ►

Jahr übernahmen EKHKin Marion Dix und PD Henning Dreyer die Seminarleitung.

Zu Beginn gratulierte Ministerialrat Volker Nitschke Marion Dix zum 20. Jubiläum und bedankte sich für ihr unermüdeliches, leidenschaftliches Engagement in punkto Gleichstellung.

Der Niedersächsische Innenminister Boris Pistorius folgte der Einladung und diskutierte das Thema ausgiebig mit den Teilnehmern. Abschließend wies er auf Chancengleichheit durch eine notwendige geschlechtergerechte Beurteilung hin.

Der Managementberater Patrick Cowden erörterte, warum Organisationen ohne Diversity Management nicht mehr zukunftsfähig sind. Er betonte, dass Wertschätzung und die Ressource „Mensch“ wichtig seien, um als ein kreatives und modernes Unternehmen wettbewerbsfähig zu sein.

PORin Gwendolin von der Osten präsentierte die Ergebnisse des Projektes „Frauen in Spitzenämtern“ (FiS II). Als Karrierehemmer nannte sie unter anderem die geringe Vereinbarkeit von Karriere und Beruf. Frauen in Führungspositionen sollten als Vorbilder fungieren und selbstverständliche Aufgabe von Vorgesetzten sollte die Frauenförderung und das Gendermainstreaming sein.

Dirk Heidemann (DHPol) zeigte auf, warum sich Organisation trotz guter Konzepte nur schwerfällig bewegt. Sein Fazit: Um die formellen und informellen Strukturen aufzubrechen, bedarf es eines Kulturwandels. Er sprach sich für die Einführung einer Frauenquote aus, um auf kürzerem Wege neue Strategien für die Polizeiorganisation zu schaffen.

Beim sogenannten Kamingespräch fand ein sehr konstruktiver Austausch mit Landespolizeipräsident Uwe Binias zum Thema Gleichstellung statt.

Resümierend zum Thema Beurteilungen gab Volker Nitschke allen Teilnehmenden mit auf den Weg:

„Leistung kennt kein Alter, kein Geschlecht und kein Arbeitszeitmodell!“,

Doris Christians | Henrike Ortwein | nad

## PD Lüneburg

# Fachtagung Interkulturelle Kompetenz in Celle

Das Celler Schloss bot einen würdigen Rahmen für die „2. Fachtagung Interkulturelle Kompetenz“ der Polizeidirektion Lüneburg. Diesjähriges Thema: „Jezidische Kurden im polizeilichen Alltag“.

Diese Tagung ist ein Gemeinschaftsprojekt der Arbeitsgruppe „Interkulturelle Kompetenz“ in der PD Lüneburg. Ein Teilnehmerkreis von rund 100 Polizeibeamtinnen und -beamten verfolgte die Vortragsreihe.

In seinen einleitenden Worten betonte Polizeipräsident Friedrich Niehörster: „Zusammenleben bedeutet nicht nur räumliche Nähe, sondern auch das Zusammentreffen verschiedener Kulturen. Damit dies für Polizei und Bevölkerung zu einem möglichst konfliktfreien Erleben wird, ist es wichtig, viel über die jeweils andere Kultur zu wissen.“

Bis zu 80.000 Menschen yezidischen Glaubens leben in Deutschland. Der größte Teil davon in Niedersachsen und Nordrhein-Westfalen.

Eine besondere Schwierigkeit ergibt sich zusätzlich bei der Vielzahl an Kontakten für die Polizei: Im dienstlichen Alltag beschäftigen sich Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte oftmals mit dem Fehlverhalten oder mit den Auffälligkeiten von Menschen und Personengruppen. Hier ist es notwendig, immer wieder zwischen einem kleinen Ausschnitt einer Bevölkerungsgruppe und dem Spiegelbild einer Gesellschaft zu unterscheiden, damit, insbesondere im Hinblick auf Nicht-Deutsche, ausreichend differenziert wird.

Die Vermittlung Interkultureller Kom-

petenz spielt gerade für die Polizei eine sehr wichtige Rolle, um Polizeibeamten gerade im Umgang mit Menschen mit Migrationshintergrund Handlungssicherheit zu geben.

Die Reihe der Fachvorträge eröffnete KHKin Sabine Pfeiffer. Sie referierte zu „Konfliktberatung im polizeilichen Alltag“.

Helga-Barbara Gundlach, Religionswissenschaftlerin an der Universität Han-



nover, schlug mit ihrem Fachvortrag „Du fremd – ich offen, Definitionen, Anwendbarkeit und neue Ansätze interkultureller Kompetenz“ den Bogen von der Praxis zu einer wissenschaftlicheren Betrachtung.

Natalia Rusyniak, Leiterin des Frauenhauses Celle und der Beratungsstelle „FeroXia“ hielt einen Vortrag mit dem Titel „Häusliche Gewalt – Arbeit mit Migranten/innen“.

Der Fachtag endete mit einer durchaus lebhaften und zum Teil kontroversen Diskussionsrunde. Im Ausblick kann schon festgehalten werden, dass die Reihe der Fachtage „Interkulturelle Kompetenz“ im kommenden Jahr fortgeführt wird.

Wiebke Henning | dw

## Polzeiorchester Niedersachsen

# „Namene“-Premiere – zum Mitmachen für Dritt- und Viertklässler



Premiere in der Grundschule Wendlandstraße in Hannover. Polizeihauptkommissar Detlef Krenz vom Polzeiorchester Niedersachsen führt die Schulkinder in das Programm ein

**M**it der Premiere von ‚Namene‘ wird ein neues Kapitel in der wichtigen polizeilichen Präventionsarbeit an Schulen aufgeschlagen. „In der bundesweiten Betrachtung aller Vorbeugungsangebote speziell für Kinder an Schulen ist dieser Ansatz einmalig“, freute sich Polizeipräsident Uwe Lührig am 25. November des vergangenen Jahres bei der Vorstellung des interaktiven Angebots für Dritt- und Viertklässler in Hannover.

Das neue Programm ersetzt ab sofort

die Schulworkshops alter Art, mit denen das Polzeiorchester Niedersachsen seit 1999 bereits bei rund 300 Auftritten landesweit über 40.000 Schülerinnen und Schüler erreichte. Schon dieses Projekt lief sehr erfolgreich.

„Bereits mit dem nun abgelösten Ansatz leistete die Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen mit ihrem Polzeiorchester eine wichtige und wirksame Unterstützung der zahlreichen Kolleginnen und Kollegen der Polizeibehörden vor Ort, junge Menschen schon früh für

Themen wie Gewalt an der Schule oder Cyber-Mobbing zu sensibilisieren“, erklärte Lührig.

Während das alte Konzept, gespickt mit kindgerechten Aspekten der Prävention, eher eine sinnvolle Ergänzung des Musikunterrichts darstellte, binde der neue Ablauf die Dritt- bis Viertklässler noch viel intensiver in aktuelle Themen wie Vorbeugung von Gewalt, Zivilcourage und den Umgang mit sozialen Netzwerken ein, so der Behördenleiter.

„Wir dürfen als Polizei in Nieder- ▶

sachsen nicht nachlassen, die Schulen als unsere Netzwerkpartner mit zeitgemäßen Angeboten und Lösungsansätzen aktiv zu unterstützen. „Namene“ als spannend erzähltes und ansprechend musikalisch unterlegtes Mitmachprogramm wird in diesem Sinne, davon bin ich überzeugt, noch viel Positives bewirken“, äußerte sich Lührig abschließend zuversichtlich.

Das bisherige Konzept der Schulworkshops ist mit Unterstützung vom Landeskriminalamt Niedersachsen und von Thimeo Kraas, einem namhaften Musikpädagogen und Komponisten für Blech- und Holzblasmusik aus dem Sauerland, grundlegend inhaltlich sowie didaktisch überarbeitet und verändert worden. Das in drei Teilen gegliederte Programm erzählt die fiktive Geschichte von Namene. Das junge Mädchen ist in Deutschland geboren, doch ihre Eltern kommen ursprünglich aus Ghana.

Aufgrund ihrer Hautfarbe wird sie in der Schule ausgegrenzt, gemieden und gemobbt. Wie genau dies geschieht und wie Namene darauf reagiert, das erzählt Polizeihauptkommissar Detlef Krenz vom Polizeiorchester Niedersachsen einfühlsam den Schulkindern im ersten Teil des Programms. Dabei wird er – je nach Tonlage seiner Erzählungen – stimmungsgewaltig unterstützt von seinen Musikerkolleginnen und -kollegen.

Im zweiten Teil stehen der Polizeilich angeleitete Austausch mit den Schulkindern zum Umgang mit sozialen Medien und zur Gewaltvermeidung sowie das gemeinsame Einstudieren eines Musikstücks auf der Agenda.

Zum Schluss werden schließlich alle gehörten und zwischenzeitlich gelernten Aspekte in einem musikalisch beeindruckenden Finale unter Mitwirkung aller Beteiligten zusammengeführt.

Interessierte Schulen wenden sich bitte an die Zentrale Polizeidirektion Niedersachsen, Polizeiorchester Niedersachsen, Koordinator Prävention, Telefon 05 11/109 -69 43 oder per E-Mail an: [polizeiorchester@zpd.polizei.niedersachsen.de](mailto:polizeiorchester@zpd.polizei.niedersachsen.de) hof

## Zweite „Erste-Hilfe“

# „Wer hilft, kann nichts falsch machen“



Pressekonferenz in Einbeck: Steffen Bahr (l.), Johanniter, Sven Obermann, ASB, Moderator Jan Flemming, Schirmherr PP Robert Kruse, PD Hans Walter Rusteberg

Unter der Schirmherrschaft von Robert Kruse, dem Polizeipräsident der Polizeidirektion Göttingen, fand im November die landesweite Auftaktveranstaltung der Verkehrssicherheitsinitiative „Zweite Erste Hilfe“ in Einbecker statt.

Neben der Polizei warben das DRK, die Johanniter, der Arbeiter Samariter Bund (ASB), die Deutsche Lebensrettungsgesellschaft (DLRG) und die Deutsche Verkehrswacht für eine Auffrischung der oftmals viele Jahre zurückliegenden Erste-Hilfe-Kenntnisse.

In seinen einleitenden Worten machte Kruse darauf aufmerksam, dass viele lieber gar nicht helfen, weil sie Angst hätten, etwas falsch zu machen. Hätten im vergangenen Jahr mehr Passanten bei Verkehrsunfällen in Niedersachsen

rechtzeitig Erste Hilfe geleistet, so könnten von den 412 ums Leben gekommenen Menschen möglicherweise noch 40 leben. Ziel sei es, die Zahl der Verkehrstoten bis 2020 um ein Drittel zu senken.

Unterstützung erhielt das Projekt von der 24-jährigen Rebecca aus Seesen. Sie kam im Sommer auf einen Verkehrsunfall zu. Ein mit drei jungen Menschen besetzter Pkw war im Landkreis Nörthheim mit hoher Geschwindigkeit gegen einen Baum geprallt. Sie half bei der Bergung der Schwerverletzten aus dem brennenden Pkw. In den langen Minuten bis zum Eintreffen der Rettungskräfte versorgte sie einen der jungen Menschen und sprach ihm Mut zu – Sicherheit gab ihr hierbei das Wissen aus ihrem Erster-Hilfe-Kurs.

Uwe Falkenhain | thi



Präventionspreis

# „Roter Ritter 2014“ für den Tausendfüßler

**G**emeinsam mit Katherina Reiche, MdB und parlamentarische Staatssekretärin im Bundesverkehrsministerium, zeichnete Adalbert Wandt, Vorsitzender des Vereins „Aktion Kinder-Unfallhilfe e.V.“, kürzlich in Berlin die Träger des Präventionspreises „Der Rote Ritter 2014“ aus.

Insgesamt 94 Bewerbungen hatten private Initiativen, aber auch Vereine, Schulen und die Polizei eingereicht. 14

Projekte aus sechs verschiedenen Bundesländern erhielten einen Preis. Der Tausendfüßler, ein Projekt des PK Seevetal in Kooperation mit

dem Präventionsrat Seevetal e. V. wurde mit einem Preisgeld von 1.000 Euro ausgezeichnet, wodurch eine Weiterführung des Projektes gesichert und die Ausweitung in Seevetal ermöglicht wird.

Viele Eltern bringen ihre Kinder mit dem Auto zur Schule. Kurz vor Unterrichtsbeginn kommt es deshalb vor vielen Schulen zu regelrecht chaotischen Verkehrsverhältnissen. Die Eltern finden keine Parkplätze und halten auch in der zweiten und dritten Reihe – die Unfallgefahr steigt. Um dem entgegenzuwirken, setzt sich der Tausendfüßler

dafür ein, Fußgängergemeinschaften für Schulkinder zu organisieren.

Ältere Kinder können jüngeren das richtige Verhalten erklären. Sie übernehmen eine Vorbildfunktion, Jüngere können sich an den Älteren orientieren. Dieses stärkt das Selbstbewusstsein der Älteren und zeigt den Jüngeren anschaulich, dass es auf dem Schulweg nicht um „Verbote und Späßbremsen“ durch Eltern geht.



Um hier eine Hilfestellung zu geben wurden zum Beginn des Schuljahres 2012/2013 in Seevetal-Meckelfeld gemeinsam mit Schulkin-

dern mögliche Schulwege erlaufen, Treffpunkte festgelegt, mit vorgegebenen Treffzeiten versehen und „Haltestellenschilder“ angebracht.

Die Treffpunkte führen nach und nach sternförmig auf die Kreuzung vor der Schule, sodass aus einem einzelnen Kind ein weithin sichtbarer „Tausendfüßler“ aus Kindern entsteht, die gemeinsam den Schulweg „meistern“.

Der Tausendfüßler wurde gut angenommen, nach anfänglicher Zurückhaltung ist ein deutlicher Rückgang von Fahrzeugen im Bereich der Schule erkennbar.

Stephanie Jahnert | dw

Ehemalige

## Treffen des 20. Oberstufenlehrgangs

Sicherlich gibt es in Polizeikreisen zahlreiche Treffen ehemaliger Lehrgangsteilnehmer. Keines dieser Wiedersehen kann zu einem Vergleich mit dieser verschworenen Gemeinschaft antreten!

Inzwischen sind fast 43 Jahre vergangen, als sich 25 Absolventen im Oktober 1971 an der Landespolizeischule in Hann. Münden zum „Oberstufenlehrgang“ einfand.

Zum 16. Male trafen sich Ende Oktober 2014 immerhin noch 15 Recken in Wolfenbüttel zu einem munteren Erfahrungsaustausch. Vor-



*Im Bild: Lothar Bock (l.), Jochen Bogner, Klaus-Dieter Meyer, Hartmut Maaß, Heinz Jutsch, Wolfgang Merta, Dr. Dietrich Weiß, Bodo Hollemann, Wilfried Pabst, Harry Döring, Klaus Timpe, Herbert Kunkel, Wolfgang Rose, Rolf Sprinkmann, Heinz Lüdke:*

bereitet hatte, wie schon das letzte Treffen 2012, der „Frischpensionär“ Harry Döring, zuletzt Behördenchef der PD Braunschweig.

Ein hauptamtlicher Stadtführer hätte die Gruppe nicht annähernd so gekannt durch die Altstadt von Wolfenbüttel führen können, wie Döring, der seit seiner frühesten Kindheit in der Stadt wohnt.

Beim Auseinandergehen hatte Harry Döring für alle wieder eine gute Nachricht: Das nächste Treffen findet 2015 erneut in Wolfenbüttel statt!

Klaus-Dieter Meyer | dw

## Benefizkonzert

# Osnabrücker Musikstreife – ein musikalischer Hochgenuss

**A**m 20. November 2014 war es wieder soweit. Das 7. Benefizkonzert „Osnabrücker Musikstreife“ stand auf dem Programm. Auch dieses Mal kam das Musikprogramm bei den Gästen sehr gut an. Die im neuen Glanz erstrahlte „Osnabrück Halle“ war mit 950 Besuchern ähnlich gut besucht wie in den Jahren zuvor.

Die von der Polizeidirektion Osnabrück und dem Verkehrsverein Osnabrück (VVO) gemeinsam ausgerichtete Charity-Musik-Show stand unter dem Motto „Klassik meets Swing and Pop“.

Polizei-Orchester Niedersachsen und den so bekannten wie beliebten Osnabrücker Dudelsackmusikern „Pipes and Drums of the Royal British Legion“, war in diesem Jahr das Sinfonische Blasorchester der Angelaschule aus Osnabrück mit von der Partie und verlieh dem Musikprogramm eine jugendliche Note.

Das Polizeiorchester Niedersachsen spielte in gewohnter Manier auf höchstem Niveau viele tolle Musikstücke. Als Solisten beeindruckten Frank Marpoder (Gesang), der im Rahmen eines Beatles Sixpack mit seiner markanten Stimme

wohnt lieferten sie eine einzigartige und unnachahmliche Show ab, die die Zuhörer regelrecht mitriss.

Nach rund 30-minütiger Vorstellung der „Pipes“ folgten die gut 50 Musikerinnen und Musiker der Angelaschule unter der Leitung von Ekkehard Sauer. Mit ihrem sinfonischen Blasorchester sind sie seit einigen Jahren auf internationalen Wettbewerben vertreten und belegten schon mehrmals obere Plätze.

Entsprechend den Erwartungen musizierten sie dann auch auf hohem Niveau. Mit einem bunten Mix aus Filmmusik von „Herr der Ringe“ über klassische Stücke wie der „Tritsch-Tratsch-Polka“ von Johann Strauss, bis hin zu den Weather Girls, bewiesen sie allen Zuhörern ihre Extraklasse. Sie übertrafen sogar die hohen Erwartungen der Gäste.

Zum Schluss des Konzerts gab es ein fulminantes Finale aller Orchester, dem die Zuhörer viel Beifall spendeten.

Polizeivizepräsident Friedo de Vries bedankte sich in seinem Schlusswort stellvertretend bei den Leitern der Orchester sowie dem Moderator der Veranstaltung, Andreas Löpke, mit einem kleinen Präsent. Die Einnahmen aus den Eintrittsgeldern werden in diesem Jahr als Spende dem Projekt „SpidS – Suchtprävention in der Schule“ – zugutekommen. Das Projekt wird vom Förderverein Drogenhilfe e.V. aus Osnabrück begleitet. Den Einstieg in eine Drogenkarriere zu verhindern ist das vorrangige Ziel des Projekts.

Der Präventionsverein Osnabrück e.V. (PrävOS) und der Verkehrsverein für Osnabrück Stadt und Land e.V. (VVO) entschieden, dass das Projekt in diesem Jahr den kompletten Erlös erhalten soll.

Marco Ellermann



Unter der Leitung von Thomas Boger, dem Dirigenten des Polizeiorchesters Niedersachsen und seinem Team, wurde erneut ein tolles und abwechslungsreiches Musikprogramm zusammengestellt.

Neben dem im Rahmen dieser Veranstaltung traditionell auftretenden

beeindruckte sowie Yoshitaka Sumita mit der Klarinette.

Im Anschluss marschierten die sowohl akustischen als auch optisch durch ihre prachtvollen Uniformen auffallenden Dudelsackmusiker der Pipes and Drums, unter der Leitung von Eckhard Haenelt, in die „Osnabrück Halle“ ein. Wie ge-

## Polizeiakademie

# Kaul verabschiedet – Buskohl neuer Direktor der PA

Am 14. November war der letzte Arbeitstag des Direktors der Polizeiakademie (PA) Niedersachsen, Johannes-Jürgen Kaul. Nach mehr als 40 Jahren im Polizeidienst erhielt er, vor 200 geladenen Gästen aus Politik, Polizei und Verwaltung, aus der Hand von Innenminister Boris Pistorius seine Versetzungs-urkunde in den Ruhestand.

Der Minister dankte dem scheidenden Direktor für seine erfolgreiche Arbeit. Er hob vor allem den großen Erfolg Kauls seit der Gründung der Polizeiakademie Niedersachsen am 1. Oktober 2007 hervor. „Als erster Direktor hat Johannes-Jürgen Kaul die Polizeiakademie mit der nötigen Zielstrebigkeit und dem erforderlichen Weitblick aufgebaut und international ausgerichtet“, sagte Pistorius.

Er habe dafür gesorgt, so der Minister weiter, „dass sich die Polizeiakademie sowohl in der Polizeiorganisation unseres Landes als auch in der nationalen Bildungslandschaft integriert hat. Unter seiner Leitung hat es die Polizeiakademie bundesweit in den Spitzenbereich der polizeilichen Ausbildungsinstitutionen geschafft.“ Durch seine menschlichen Vorzüge gepaart mit Sachverstand sei Kaul ein Glücksfall für die Akademie und die niedersächsische Polizei gewesen. Als Pistorius Kaul die Urkunde aushändigte, erklang lang anhaltender Applaus.

Auch Nienburgs Bürgermeister Henning Onkes bezeichnete es als Glücksfall, dass Kaul als Leiter der Polizeiakademie in die Stadt gekommen sei und dankte ihm für die überaus gute und vertrauensvolle Zusammenarbeit.

Kaul blickte insbesondere auf die letzten sieben Jahre zurück, die, mit der Gründung und dem Aufbau der Polizei-



Innenminister Boris Pistorius mit dem neuen Direktor der Polizeiakademie, Dieter Buskohl (l.), und dessen verabschiedeten Vorgänger, Johannes-Jürgen Kaul (r.)

akademie, eine besondere Herausforderung gewesen seien. Es seien Jahre gewesen, in denen viel bewegt und sehr viel erreicht wurde. „Gemeinsam mit meinen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern haben wir die Polizeiakademie aufgebaut und unser Studiengang ist zweimal erfolgreich ohne Auflagen akkreditiert worden. Das ist eine besondere Auszeichnung, mit der wir bundesweit im Spitzenbereich der polizeilichen Ausbildungsinstitutionen liegen.“ Wissenschaft und Praxis gingen heute Hand in Hand – die Ausbildung sei aber auch europäischer geworden.

„Mit dem erfahrenen Polizeivizepräsidenten Dieter Buskohl wird sich die erfolgreiche Entwicklung der Polizeiakademie fortsetzen“, betonte Minister Pistorius. Buskohl überzeuge mit seinem beruflichen Werdegang und seiner Persönlichkeit. Der Minister wünschte ihm

eine erfolgreiche Zukunft und eine glückliche Hand bei seinen Entscheidungen.

Dieter Buskohl, Jahrgang 1956, ist verheiratet und Vater zweier Kinder. Er begann seine Laufbahn bei der Polizei Niedersachsen 1975. Buskohl hat nach seinem Studium zum Polizeirat unter anderem das 1. und 2. Polizeikommissariat in Oldenburg und die Polizeiinspektion Delmenhorst geleitet. Später arbeitete er als Dezernatsleiter und Vertreter des Direktors der Polizei bei der Bezirksregierung Weser Ems. Seit 2004 ist Buskohl Polizeivizepräsident der Polizeidirektion Oldenburg. „Ich freue mich auf die spannende Herausforderung, die ich im Team und mit Offenheit, gegenseitigem Vertrauen und Transparenz angehen werde“, erklärte Buskohl. Sie sei ein dicker Brocken, aber er fühle sich gut gerüstet.

igw | jrd

## ZDHW

# EPHK Kaufhold verabschiedet

**A**lfred Kaufhold, langjähriger Leiter des Zentralen Diensthundwesens, ist am 28. November 2014 im Rahmen einer kleinen Feierstunde von Polizeipräsident Uwe Lührig nach 43 Dienstjahren in den wohlverdienten Ruhestand verabschiedet worden.

Der Erste Polizeihauptkommissar

Hausmann, der bis zu seiner Ernennung die Planungsverantwortung für die polizeiliche Fahrzeugbeschaffung und -ausstattung in Niedersachsen in der ZPD trug.

„Ich danke Ihnen im Namen der Zentralen Polizeidirektion Niedersachsen für die erfolgreiche, vertrauensvolle Zusammen-

arbeit und wünsche Ihnen für Ihren Ruhestand alles Gute“, sagte Uwe Lührig in Anwesenheit zahlreicher Weggefährten des über die Grenzen Niedersachsen hinaus bekannten Alfred Kaufhold. „Sie haben über mehr als drei Jahrzehnte die Aus- und Fortbildung der niedersächsischen Polizeihunde und ihrer Hundeführer maßgeblich geprägt und Ihre landesweiten Aufgaben mit fachlicher Kompetenz bewältigt“, so der Behördenleiter weiter.

Gemeinsam mit Jens Künmann, Dezernatsleiter Einsatzmanagement in der ZPD, ließ der

Behördenleiter noch einmal das dienstliche und persönliche Wirken von Kaufhold in einer kleinen Laudatio Revue passieren:

Alfred Kaufhold trat im Oktober 1971 seinen Dienst als Polizeiwachtmeister bei der niedersächsischen Polizei an.

1978 machte er dann erstmals in der Diensthundführergruppe der Polizei Lingen Bekanntschaft mit den polizeilichen Vierbeinern in Niedersachsen. Knapp drei Jahre später wurde er dort Leiter der Einheit.

Nach etwas mehr als einem Jahr wechselte Kaufhold von Lingen als Sachbearbeiter zum Lehrbereich Diensthundwesen bei der damaligen Bezirksregierung Hannover, wo er 1987 die Leitung übernahm. 1994 folgte dann der dienstliche Umzug an den heutigen Standort des Zentralen Diensthundwesens in Ahrbergen.

Besondere Höhepunkte seiner dortigen Tätigkeit waren unter anderem die weit über die Grenzen Niedersachsens hinaus reichenden Kooperationsprojekte mit Kollegen aus Polen, Italien und sogar dem Königreich Bhutan.

Alfred Kaufhold lebt mit seiner Ehefrau Susanne und seinem Labradorretriever Kira in Langenhagen. „Nach 43 Jahren bei der Polizei freue ich mich darauf, endlich ein bisschen Ruhe zu haben“ sagte der Neupensionär bei seiner Verabschiedung.

„Mit Hunden werde ich aber immer verbunden bleiben. Vielleicht mache ich mit unserem Hund Kira eine Ausbildung zum Therapiehund“, so Kaufhold mit Blick auf mögliche Projekte in der Zukunft.

Joachim Hausmann selbst übernimmt die neue Aufgabe nicht ohne Stolz: „Ich leite hier zukünftig einen kleinen Betrieb mit engagierten, fachkundigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern. Gemeinsam werden wir dort anknüpfen, wo Alfred Kaufhold das Diensthundwesen in den vergangenen Jahrzehnten mit viel Herzblut hingeführt hat“, so der neue Leiter in seinen ersten Worten.

hof



Joachim Hausmann (l.), Uwe Lührig und Alfred Kaufhold

(EPHK) war in seiner letzten Funktion für die Aus- und Fortbildung von über 500 Dienst- sowie Spezialspürhunden und gleichzeitig für ihre Hundeführerinnen und -führer verantwortlich. Die Leitung der Dienststelle in Ahrbergen liegt nun in Händen von EPHK Joachim

# Goslarer Zivilcouragekampagne

**NOTRUF 110**

[www.aktion-tu-was.de](http://www.aktion-tu-was.de)



**„ Wir alle gewinnen durch Zivilcourage! “**

*Martina Müller, Weltmeisterin, Europameisterin und Triple-Siegerin*

Eine gemeinsame Kampagne für mehr Sicherheit von



**POLIZEIINSPEKTION  
GOSLAR**

**Goslarische Zeitung**



Außenstelle Goslar



unter der Schirmherrschaft des Niedersächsischen Ministeriums für Inneres und Sport



POLIZEI  
NIEDERSACHSEN

Sicherheit ist unser Beruf



B Ü R G E R N A H

